

Das Ölfeld Kaschagan in Kasachstan und die Kapitalisierung der nordkaspischen Erdölindustrie: Lehren aus der Praxis statt Klischees

Von Maurizio G. Totaro, Gent

Zusammenfassung

Dieser Beitrag wendet sich gegen die verbreitete Wahrnehmung eines Niedergangs des nordkaspischen Ölprojekts Kaschagan, der zufolge das investierte Geld buchstäblich in den Sand gesetzt wurde. Tatsächlich haben die Ölkonzerne und der kasachstanische Staat sich wechselseitig darin unterstützt, neue Wege zum Aufbringen von Finanzmitteln (Kapitalisierung) aufzutun, dabei aber gleichzeitig auch die Kontrolle über eines der größten Ölfelder der Erde zu behalten. Zwar begann erst Ende 2016 Öl in Kaschagan zu fließen und die Erschließungskosten sind im Laufe der Jahre in exorbitante Höhen gestiegen, aber dennoch wirkte das Projekt als Katalysator für große Profitmöglichkeiten – es muss also irgendwohin Geld geflossen sein. Der Autor richtet den Fokus auf die Ausbeutung von Erdölressourcen mittels komplexer Interaktionen, zum Beispiel durch die Bildung großer Partnerschaften zwischen Transnationalen Erdölkonzernen (TEK), um Kosten und Verantwortlichkeiten zu teilen, durch den Abschluss bindender Abkommen zwischen Staat und TEK, durch die Einbeziehung von ökologischen Gesichtspunkten und Gefahren, durch Kapitalisierung an den deregulierten Aktienmärkten, durch die Unterstützung von Sozialprojekten seitens der Firmen und die Schaffung spezieller Arbeits- und Steuerbestimmungen in Sonderwirtschaftszonen. Alle diese Aktionen zielen nicht so sehr darauf ab, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Risiken der Ölförderung auszuschalten, sondern sie vielmehr zu kontrollieren und gleichzeitig den Förderprozess für den Staat und die Konzerne profitabel zu halten. Mit diesen Einblicken in ein kompliziertes Gefüge möchte der Autor einfachen, politikorientierten Argumentationen entgegentreten, die weiterreichende internationale und lokale Machtbeziehungen, mit denen es die Mineralölförderung zu tun hat, weitgehend ausblenden. Er plädiert vielmehr für einen Ansatz, der diese vielfältigen und wechselseitigen Verflechtungen berücksichtigt.

Nach dem Ende des ersten Golfkriegs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion weckten die Öl- und Gasvorkommen Kasachstans das Interesse einer globalen Industrie, die verzweifelt nach neuen Ressourcen Ausschau hielt. In der gewohnt übertriebenen Sprache der Ölproduzenten wurde Kasachstan zu einer der letzten unerschlossenen Energieregionen, in der man ein fantastisches »Öl-Dorado« vermutete. Die Entdeckung des Kaschagan-Feldes im Jahr 1993 wurde als der größte Erdölfund seit der Entdeckung von Prudhoe Bay, Alaska, vor 30 Jahren annonciert. Dies elektrisierte sowohl die Transnationalen Erdölkonzerne (TEK) wie auch die Regierung Kasachstans. Heute, mehr als 20 Jahre später, hat man Kaschagan ironisch in »Cash all gone« (Das Geld wurde verpulvert) umbenannt. Die Hoffnungen sind zum großen Teil enttäuscht worden: Die Produktionskosten sind sehr schnell gestiegen (eine Tendenz, die generell für diese Branche gilt), während der starke Verfall der Weltpreise für Erdöl die Frage aufwirft, ob angesichts der großen Probleme bei der Ölförderung in Kaschagan möglicherweise der Energieertrag im Verhältnis zum investierten Kapital eher zu einem Verlustgeschäft als zu einer profitabel nutzbaren Ressource führt.

Auf der Basis der einschlägigen Fachliteratur und von Gesprächen mit Insidern aus der Ölindustrie und

Wissenschaftlern soll hier gezeigt werden, dass Kaschagan durchaus lukrative Chancen sowohl für die Firmen als auch für den kasachstanischen Staat bietet. Gleichzeitig wird die Mineralölförderung durch diese Entwicklung immer stärker in der sozioökonomischen Struktur der nordkaspischen Region verankert.

Gewinnerwartungen

Das Kaschaganfeld liegt in 4.500 m Tiefe unter dem Seegrund des nördlichen Kaspischen Meeres. Die dortigen Bedingungen stellen eine der größten Herausforderungen für die Ölgewinnung dar: Das Feld steht unter hohem Überdruck (800 Bar), was die Bohrungen sehr schwierig macht; im Winter können die Temperaturen bis auf minus 20° Celsius fallen und eine mehrere Meter dicke Eisschicht bedeckt das Wasser; das Erdöl hat außerdem einen sehr hohen Anteil von 19 % Schwefelwasserstoff (H_2S), einem hochgiftigen und ätzenden Gas. Wegen der immensen Kosten und Risiken der Ölförderung unter solchen Bedingungen und wegen der Biodiversität der Region war das nördliche Kaspiische Meer in sowjetischer Zeit dem Fischfang sowie dem Transportsektor vorbehalten. Der erste Schritt zur Erschließung der Offshore-Reserven bestand daher in der Modifikation der Schutzbestimmungen für dieses Gebiet: Mit dem Regierungsbeschluss vom 23. Septem-

ber 1993 wurde das Verbot, in diesem Gebiet Öl zu fördern und zu verarbeiten, faktisch aufgehoben. Diese Regelung fand in der Folge auch Eingang in das Gesetz über Naturschutzgebiete von 1996 bzw. 2007 und das Umweltgesetz von 2007. Auf diese Weise wurde nicht nur die Ölförderung frei gegeben, sondern gleichzeitig erschloss sich der Staat eine neue Einnahmequelle, da er für die Umweltverschmutzung in dem Gebiet Strafen kassieren konnte.

Die Komplexität der Förder- und Transportprozesse hat von Anfang an die Beteiligung einiger der größten TEK an diesem Projekt notwendig gemacht: Gegenwärtig haben Shell, ExxonMobil, ENI, SNPC, Inpex, Total und die nationale Ölgesellschaft KasMunaiGas (KMG) Anteile am Betreiberkonsortium von Kaschagan, der North Caspian Operating Company (NCOC). Wegen des Umfangs und der Komplexität des Projekts wandten sich die beteiligten Partner vom traditionellen Modell eines einzigen Betreibers mit alleiniger Führungsberechtigung ab. So wurde 2009 die NCOC gebildet, was zu Verzögerungen führte, auch wenn damit die Verantwortung für das Projekt auf eine breitere Grundlage gestellt wurde. Ein Insider formulierte es so: »Früher wurde das Projekt auf ganz normale Weise betrieben. Jetzt existiert bloß ein Komitee nach dem anderen. Jede Firma hat ihr eigenes betriebsinternes Kontrollwesen, Genehmigungsverfahren, eine eigene Personalführung, Kommunikation etc. Jeder einzelne Schritt muss von allen anderen abgesegnet werden.«

Die globale Ölindustrie hat zwar mit steigenden Produktionskosten zu kämpfen, aber diese wurden oft durch eine Liberalisierung und Kapitalisierung der nationalen Ölindustrien kompensiert. So haben beispielsweise Regierungen weltweit versucht, mit Hilfe von Produktionsbeteiligungsverträgen (PSA) ausländische Investitionen anzulocken. Hierbei werden Joint Ventures zwischen Konzernen und Ölförderstaaten abgeschlossen, die den Konzernen als Konzessionsnehmern große Anteile an der Förderung zusichern. Solche Schritte haben die Mineralölkonzerns ermutigt, Ölfelder unter zunehmend risikanteren Bedingungen zu erschließen. Derartige Abkommen sind auch für Kasachstan typisch, z. B. im Fall der beiden riesigen Ölfelder Tengis und Kaschagan. So wurde der staatliche Produktionsanteil im Tengis-Ölabkommen zwischen Chevron (TCO) und Kasachstan an den Ertrag des Unternehmens geknüpft. Praktisch bedeutete dies, dass der Staat erst 2008 zum ersten Mal einen Anteil erhielt, nämlich als das Unternehmen die vereinbarte Rentabilitätsschwelle erreichte – 15 Jahre nachdem der Vertrag in Kraft getreten war.

In Kaschagan enthält der PSA ebenfalls solche Klauseln. Angesichts der exorbitanten Kosten dieses Projekts

ist zu vermuten, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis der Staat den ihm zustehenden Anteil erhalten kann. Ein anderer Aspekt bei solchen PSA ist, dass es dem Staat nach Vertragsabschluss juristisch untersagt ist, den Kontrakt zu kündigen oder dessen Bedingungen zu modifizieren. Dies bedeutet, dass zwischenzeitliche Änderungen in der Gesetzgebung Kasachstans zur Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber den multinationalen Ölkonzernen (Steuergesetzgebung 2001, Gesetzgebung über Produktionsbeteiligungsverträge 2005, Gesetz über die Nutzung von Bodenschätzen 2010) lediglich neue Projekte betreffen, aber nicht Kaschagan. Nach den ursprünglichen Vertragsbedingungen können in dem Projekt weder der Umfang der zu besteuernden Gewinne noch die Anteile der Firmen an der Förderung modifiziert werden. Die starren Vertragsbedingungen stellen für das Betreiberkonsortium des Kaschagan-Projekts einen sehr starken Anreiz dar, da es langfristig enorm profitieren wird; die beteiligten Konzerne spekulieren auf die Erdölmärkte der Zukunft (mittels Oil Futures), welche ihre auf kurze Sicht steigenden Produktionskosten kompensieren werden.

Die Entwicklung des Kaschagan-Ölfelds ist auch tatsächlich von der zügellosen Kapitalisierung der Mineralölindustrie betroffen. Bei Bekanntgabe der Entdeckung des Vorkommens im Jahr 2000 veröffentlichte der Staat eine maßlos übertriebene Schätzung der vorhandenen Ressourcen, indem er nicht zwischen vorhandenen und förderbaren Ölreserven unterschied, um Investoren anzuziehen. Die Angaben über die vorhandenen Ölreserven schwanken zwischen 30 und 50 Mrd. Barrel, aber wegen der schwierigen Förderbedingungen werden wohl nur ca. 15 bis 20 % der Vorkommen auch gefördert werden können. Die Ölkonzerne bestätigten damals jedoch die Schätzung der vorhandenen Vorkommen, und ihre Aktienkurse auf den Kapitalmärkten stiegen ganz enorm – dies entsprach einer »kreativen Buchhaltung«. Die beteiligten Firmen legten angesichts der hohen Realisierungskosten mehr Wert darauf, die Kontrolle über das Ölfeld zu behalten und waren eher mit der Kapitalisierung auf den Aktien- und Future-Märkten beschäftigt, als mit einer zügigen Umsetzung des Projekts. Britisch Petroleum (BP) beispielsweise, einer der Gründungspartner, hatte, als bekannt wurde, dass das Projekt wirtschaftlich rentabel sein würde, seine Anfangskosten bereits amortisiert und sogar zusätzliche Gewinne eingefahren und verkaufte 2001 seine Anteile. Dennoch hatten der Schwerpunkt auf der Kapitalisierung an den Aktienmärkten und der relative Mangel an Investitionen in die reale Produktion die Umsetzung des Projekts verzögert, so dass der Betreiber, AgipKCO (ENI), erstmals eine Verschiebung des Produktionsbeginns auf 2008 bekannt geben musste.

Schließlich sei noch angemerkt, dass die beteiligten Konzerne zwar bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen für Öl kurzfristig finanzielle Verluste erleiden könnten, aber von der Abwertung der nationalen Währung Kasachstans um mehr als 50 % seit dem abermals verschobenen Start des Projekts im Jahr 2013 profitieren. Der Währungsverfall äußert sich real in einer erheblichen Senkung der Kosten für Personal, Waren und Dienstleistungen. Zudem wurde der Hafen Aktau 2002 in eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) umgewandelt. Joint Ventures zwischen einheimischen und internationalen Firmen, die von Körperschafts-, Grund- und Vermögenssteuern sowie Mehrwertsteuer befreit sind, produzieren hier Rohrleitungen, Stahlbeschichtungen und verschiedene Maschinen und Ausrüstungsgegenstände. Ziel der Schaffung dieser SWZ war es, transnationales und einheimisches Kapital anzulocken, um die für die Ölgewinnung benötigten Maschinen und Ausrüstungsgegenstände regional herzustellen und nicht zu importieren. Der Status der SWZ ist jedoch immer noch unklar und sie arbeitet nicht mit voller Auslastung. Doch haben große transnationale Gesellschaften aus den Bereichen Logistik und Maschinenbau dort schon seit Jahren Produktionsanlagen in Betrieb. Die »kasachstanische Beteiligung« am Umfang der Waren und Dienstleistungen, mit denen die Konzerne beliefert werden, beträgt entsprechend einer verbindlichen Vertragsklausel 60 % und erlaubt den Einsatz billiger Arbeitskräfte in diesen Firmen, aber auch die Expansion eines Marktes für lokale Subunternehmer. Die Schaffung der SWZ schlug sich also in Kostensenkungen für die in dem Gebiet tätigen Ölkonzerne nieder, da sie ihnen ermöglichte, zu niedrigeren Preisen Maschinen und andere Ausrüstungen für ihren Betrieb zu erwerben.

Vorteile für Kasachstan und die lokale und regionale Wirtschaft?

Politische Vorhaben in erdölfördernden Ländern sind in hohem Maße von der Literatur über den so genannten »Ressourcenfluch« (resource curse) beeinflusst. Die Vertreter dieses Ansatzes argumentieren, dass die riesigen Geldströme, die in ölproduzierende Länder fließen, zu Korruption, inneren Unruhen, Krieg und autoritärer Herrschaft führen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Vertreter der These vom »Ressourcenfluch« dazu neigen, den Staat als eine für sich existierende Einheit zu betrachten, dessen praktische Handlungen isoliert von den Beziehungen mit den Ölkonzernen sind. Kritiker halten dagegen, dass Politik, die sich auf diese Richtung stützt, dazu tendiert, normatives Wissen über Ölförderländer zu produzieren, ohne die breiteren internationalen und transnationalen Machtbeziehungen einzubeziehen, welche diese Länder prägen. Hier wird dagegen argu-

mentiert, dass staatliches Handeln, staatliche Regulierungen und Institutionen nicht ohne Berücksichtigung der Tatsache analysiert werden können, dass diese ständig durch die Interaktionen mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel TEK, mit erzeugt werden.

Im Gegensatz zu den Annahmen der Anhänger des »Ressourcenfluchs« sind dem »Staatssäckel« Kasachstans im Fall Kaschagan durch die zehnjährige Verzögerung des Produktionsbeginns und steuerlich absetzbare Unternehmensgründungen Millionen an Einkünften verloren gegangen. Die Einnahmeausfälle durch Verzögerungen bei der Realisierung des Projekts wurden jedoch teilweise durch Strafen und Gebühren kompensiert. Das in einem Gebiet mit großer biologischer Artenvielfalt operierende Konsortium stand ständig unter dem Druck lokaler und internationaler Umweltschutzorganisationen und wurde wiederholt vom Staat mit Strafzahlungen belegt, weil es giftiges »saures« Gas abgefackelt hatte und wegen undichter Pipelines zwischen den Offshore-Ölplattformen und der Küste. Statt jedoch das Projekt wegen hoher Umweltrisiken zu stoppen, hat die Regierung ökologische Bedenken in ihrem Sinne »gekaptiert« und als Verhandlungsposition genutzt, um den Anteil von KazMunaiGas im Kaschagan-Projekt zu vergrößern. Zum Beispiel verlangten die kasachstanischen Behörden 2007 von der NCOC mehr als 10 Mrd. US-Dollar als Kompensation für die Nichteinhaltung von Umweltschutzaflagen und blockierten die Arbeit auf dem Ölfeld so lange, bis die beteiligten Parteien nach monatelangen Verhandlungen schließlich einer Steigerung des KMG-Anteils von 8,33 auf 16,81 % zustimmten, wofür KMG mit 1,78 Mrd. US-Dollar Strafgeld nur ungefähr die Hälfte seines Wertes zahlte. Naturschutz wurde so zu einer Akkumulationsstrategie für den Staat, denn die rechtliche Durchsetzbarkeit der Strafzahlungen monetarisierte die ökologischen Risiken und schuf neue Märkte für ökologische Sanierung und Renaturierung durch einheimische und internationale Unternehmen.

Bis Anfang 2017 konnte Kaschagan keine nennenswerten Fördermengen aufweisen. Dennoch haben die beteiligten Konzerne von der Nachfrage nach ihren Aktien profitiert, indem sie den Aktienmärkten die vorhandenen, wenn auch unerschlossenen, Ölreserven als größer darstellten, als sie tatsächlich förderbar sind. Zum Beispiel konnte ExxonMobil nach Angaben von 2013 im vorausgegangenen Fünfjahreszeitraum 23 Mrd. US-Dollar an Liquiditätszuflüssen und 5,6 % Aktiengewinne generieren; ein anderes Unternehmen des Konsortiums, ConocoPhillips, notierte entsprechend 4 Mrd. US-Dollar Liquiditätszuflüsse und 4,6 % Gewinn. Ferner hat das Ölfeld im Laufe der Jahre zahlreichen Firmen neue Entwicklungsmöglichkeiten geboten, von Logistik

über Bautätigkeit bis zu Beratung. Es diente als Durchlauf nicht nur für multinationales, sondern auch für einheimisches Kapital, das mit Hilfe von Steueroasen wie den Virgin Islands und den Niederlanden in Form ausländischer Direktinvestitionen in Kasachstan wieder angelegt und genutzt wurde, um große Unternehmen im Logistikbereich und im Bausektor zu gründen, Medien aufzukaufen und in Finanzanlagen zu investieren. Strategische Netzwerke, die Mitglieder des Regimes mit diesen ausländischen Schauplätzen der Kapitalakkumulation verknüpften, stärkten das Patrimonialsystem, das rund um Präsident Nursultan Nasarbajew geschaffen wurde, und begründeten eine Klasse innerhalb staatlicher Institutionen angesiedelter Kapitalisten – sogenannter antrepratschiki, einer postsowjetischen Wortschöpfung für halb Unternehmer (antreprenor), halb apparatschik.

Wie das Energieministerium anlässlich des Produktionsbeginns in Kaschagan im Dezember 2016 mitteilte, wurden bis dahin mehr als 70 Joint Ventures zwischen TEK und neu gegründeten kasachstanischen Unternehmen gegründet. Von den 274 Subunternehmen, die für das Projekt arbeiten, sind mehr als die Hälfte in einheimischem Besitz. Diese Firmen befassen sich mit so unterschiedlichen Tätigkeiten wie Reinigung und Catering bis hin zu Bautätigkeit, und ziehen zahlreiche weitere Unternehmensgründungen nach sich, so dass das Projekt fest in der ökonomischen Struktur der Region verankert ist. Der steigende Anteil einheimischer Arbeitskräfte wird zwar oft als Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen zwischen Regierung und TEK dargestellt, ist aber tatsächlich den Aktivitäten der Ölkonzerne geschuldet: Angesichts niedriger Ölpreise sind letztere bei den Ausgaben zurückhaltend und ziehen es vor, Einheimische anstelle ausländischer Arbeitskräfte fortzubilden. Aus- und Fortbildung wird so zu einer Sozialtechnologie, die einen Zusatzmarkt für Firmen, die solche Dienste anbieten, schafft. Auf der einen Seite erhalten einheimische Unternehmen Zertifikate, ausgestellt entweder von den TEK selbst oder von kleineren, »unabhängigen« Beratungs- und Fortbildungsfirmen, in denen überwiegend frühere Angestellte von TEK arbeiten. Diese Zertifikate bescheinigen den Firmen, dass sie sich, zumindest auf dem Papier, an internationale Normen halten, beispielsweise in Bezug auf Gesundheits- oder Sicherheitsvorschriften. Im Umkehrschluss kann die NCOC dann einheimische Subunternehmer verpflichten, unter Verweis auf die von ihnen vorgelegten Zertifikate. In einigen Fällen nutzen Subunternehmer die Kenntnisse über Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften, über die die Arbeiter angeblich verfügen, als Druckmittel, um sie davon abzubringen, Lohnforderungen zu stellen oder ihrer Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen Aus-

druck zu verleihen. Beispielsweise hält man Tests über Sicherheitsmaßnahmen für Arbeiter ab, ohne dass man sie darin fortgebildet oder vor der bevorstehenden Prüfung gewarnt hat. »Sie lassen einen durchfallen«, erläuterte mir ein Arbeiter – die ungenügenden Kenntnisse der Arbeiter hinsichtlich der Sicherheitsvorschriften werden als Vorwand für eine Entlassung genommen.

Es wäre also irreführend, Kaschagan als ein »Verlustunternehmen« für transnationale Konzerne, lokale Betriebe und den Staat Kasachstan zu sehen, denn das Projekt erbringt seit vielen Jahren produktive Leistungen, auch wenn bis Ende 2016 kein Öl gefördert wurde. Außerdem boomt der Immobilienmarkt im nahen Atyrau, Konzerne haben in der gesamten Region Sozialprojekte ins Leben gerufen, und die Verknüpfung der Infrastruktur der Region mit Kohlenwasserstoffen wurde noch enger: Es entstanden Häfen für den Export und zur Unterstützung des Offshore-Betriebs, Werften für Reparaturen und Instandhaltung, die Ölraffinerie von Atyrau wurde vergrößert und eine Fabrik für die Weiterverarbeitung der Schwefelsäure gebaut.

Die von der NCOC angestoßenen Projekte im Bereich soziale Unternehmensverantwortung – der Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kultur- und Sportzentren – haben sich für den Staat als effektive Methode erwiesen, seine eigenen Funktionen als Anbieter sozialer Dienstleistungen teilweise auszulagern. Die NCOC wiederum kann sich als fürsorglicher und vertrauenswürdiger regionaler Akteur vermarkten und die erheblichen ökologischen Risiken, die mit dem Projekt verbunden sind, herunterspielen – potentielle Explosionen aufgrund des hohen Drucks und der hohen Temperaturen des Erdölbegleitgases; die Giftigkeit des Schwefelwasserstoffs und die Flüchtigkeit der enormen Mengen an aufbereitetem Schwefel; die Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund von Lecks Öl in die kaspischen Gewässer austritt. Der Bau von Infrastruktureinrichtungen folgt einem Muster, das eine lange Geschichte in der Region hat und an die Entwicklung der Mineralölindustrie geknüpft ist. Nicht nur soziale Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser, sondern auch »harte« Infrastruktur wie Gasnetze, Wasserleitungen und Straßen werden vom Konsortium gebaut. Obwohl letzteres diese Projekte als Ergebnis seiner Fürsorge für die lokale Bevölkerung anpreist, bilden diese Infrastrukturmaßnahmen das Gerüst einer »Anti-Politik-Maschine«, mit der man versucht, die einheimische Bevölkerung zu kooperieren und die soziale Reproduktion und Mobilität der Arbeiter des Ölprojekts sicher zu stellen.

Plädoyer für einen neuen Ansatz

Ziel der vorangegangenen Überlegungen war es, nicht von einem auf Konfrontation abzielenden Nullsum-

menspiel zwischen Staat und Ölkonzernen auszugehen, sondern die vernetzten Aktivitäten und Beziehungen finanzieller, ökologischer und sozialer Art zu betonen, die typisch für große Ölförderprojekte wie Kaschagan sind. Solche Projekte sind durch eine große Bandbreite gemeinsamer Aktivitäten eng miteinander verzahnt, die Chancen bieten für Kapitalisierung, Kostenreduzierung und Minimierung von Verantwortlichkeiten und letztendlich Kontrolle sowohl über Ressourcen als auch über menschliches Leben und Natur. In einer Welt, in der Länder und Konzerne stur mit der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen unter immer kostspieligeren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen fortfahren, kann man erwarten, dass autoritäre kapitalistische Staaten wie Kasachstan und TEK kooperieren, um Kosten und Risiken zu kontrollieren und dabei auch Gewinn bringende Aktivitäten jenseits der tra-

ditionellen Verarbeitungskette (von der Förderung bis zur Raffinierung) erschließen. Mit diesem komplexeren Bild werden politische Interventionen hinterfragt, die den Fokus auf isolierte Einheiten richten – einen korrupten Staat, einen blutsaugerischen Konzern, ein die Umwelt verschmutzendes Projekt –, ohne die mehrstufigen Beziehungen zu berücksichtigen, die zwischen diesen Einheiten entstanden sind. Dies ist kein Thema, das einfach durch »politische« Interventionen gelöst werden kann, doch wenn wir uns mit diesen komplexen Schnittstellen befassen, sind internationale und nationale Umweltschutzbehörden wie auch Umwelt-NGOs vielleicht besser gerüstet, sich mit dem umfangreichen Beziehungsnetzwerk zu befassen, das der erdölfördernde Krisenherd hervorbringt.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

Maurizio G. Totaro ist Doktorand an der Abteilung für Konflikt- und Entwicklungsstudien der Universität Gent, Belgien. Er hat seinen BA in Politikwissenschaften an der Universität Bologna und seinen MA in Entwicklungsstudien (Schwerpunkt Zentralasien) an der Universität London gemacht. Seine Forschungsinteressen umfassen die politische Ökologie der Kohlenwasserstoffförderung, die Materialität von Rohstoffen und die Produktion von Subjektivität in Öl fördernden Regionen. Seine Dissertation befasst sich mit diesen Themen und ihren Wechselbeziehungen am Beispiel der kaspischen Region Mangystau in Westkasachstan.

Der Beitrag wurde im Rahmen des von der EU finanzierten Innovativen Trainingsnetzwerks »CASPIAN 2015–19« verfasst und stellt ausschließlich die Meinung des Autors dar. Die geldgebende Institution ist nicht verantwortlich für die weitere Verwendung der Informationen, die dieser Beitrag enthält.

Lesetipps:

- Crude Accountability, The Kashagan Oil Bubble: The Case of an Offshore Field Development in Kazakhstan, April 2017, = <http://crudeaccountability.org/wp-content/uploads/ENG_Kashagan_report_Final1-1.pdf>
- Greg Mutitt, Hellfire Economics: Multinational Companies and the Contract Dispute Over Kashagan, the World's Largest Undeveloped Oilfield, PLATFORM/Friends of the Earth Europe, December 2007, = <www.carbonweb.org/documents/hellfire_economics.pdf>
- Bruce Pannier, Kazakhstan's Kashagan Starts Up...Again, RFE/RL, 13.10.2016, = <<https://www.rferl.org/a/qishloq-ovozi-kazakhstan-kashagan/28051575.html>>